

Dr. Markus Krall: Klimapolitik entlarvt – Wer profitiert wirklich?

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

In dieser Episode unseres Sonntagsformats analysieren wir die kontroversen Aspekte des Klimawandels und dessen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft. Dr. Markus Krall deckt die Manipulation von Klimadaten und die übertriebenen Prognosen auf, die oft als wissenschaftliche Fakten präsentiert werden. Er erklärt, warum viele Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ineffektiv und schädlich für die Umwelt und Wirtschaft sind. Wir beleuchten die Rolle der erneuerbaren Energien und deren tatsächliche Auswirkungen, einschließlich der Zerstörung von Regenwäldern und der Umweltverschmutzung durch die Produktion von Windrädern und Solarpaneelen. Freuen Sie sich auf eine kritische Diskussion über die Herausforderungen und Risiken der aktuellen Klimapolitik und alternative Perspektiven.

■ Kapitel ■■■■

00:00 – Intro

04:19 – Modellvollständigkeit, Variablen & Ergebnisse

07:31 – Globale Klimamodelle funktionieren nicht

11:12 – IPCC-Klimasimulation zeigt keinen Anstieg von CO₂

13:13 – Sonnenzyklen beeinflussen globale Temperaturschwankungen

16:23 – CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre

21:16 – Landraub aufgrund des Klimawandels

22:59 – Stürme, Todesfälle, Klimawandel & Hitzeschutz

24:19 – Klimawandel verursacht mehr Waldbrände

32:51 – Windturbinen zerstören Deutschlands Landschaft und Kultur

33:55 – Deutschlands schwache Industriegesellschaft und Umweltschäden

35:43 – Klimawandel: Lügen & Trolle

Gebrauchtwagenhandel – Ladenhüter E-Autos: „so gut wie unverkäuflich“

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

Eine Umfrage zeigt: Autohändler nehmen keine gebrauchten Elektroautos mehr in Zahlung. Sie seien „so gut wie unverkäuflich“. Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer hohe Rabatte gewähren.

Von Holger Douglas

Elektroautos entwickeln sich immer mehr zu Ladenhütern. Jetzt stellt sich heraus, dass die meisten Autohändler auch keine gebrauchten E-Autos mehr in Zahlung nehmen. Das hatte eine Umfrage des Branchenmagazins „Kfz-Betrieb“ vor einer Woche ergeben. Danach nehmen 68,7 Prozent und damit mehr als zwei Drittel der Autohändler keine gebrauchten Elektroautos in Zahlung. Für 51,1 Prozent der Befragten sind gebrauchte Elektroautos derzeit gar „so gut wie unverkäuflich“.

Um diese Fahrzeuge überhaupt vom Hof zu bekommen, müssen die Verkäufer satte Rabatte gewähren. Im Schnitt seien es 27 Prozent vom ursprünglich geplanten Verkaufspreis, wie jetzt der *Focus* berichtet.

Schlüssele man die Umfrageergebnisse weiter auf, geben im Juni 2024 exakt 80,2 Prozent der Händler an, beim Verkauf von gebrauchten BEVs rote Zahlen zu schreiben. 61,1 Prozent der Autohäuser geben an, „hohe Verluste“ zu machen und immerhin 19,1 Prozent sprechen von „leichten Verlusten“.

Der *Focus* ergänzt noch einen Test des ADAC. Danach wurden drei Automodelle auf verschiedenen Ankauf-Plattformen angeboten. Während Benzin- und Diesel-PKW über dem Schätzwert verkauft werden konnten, gaben für die Stromer viele Plattformen nicht einmal ein Angebot ab – und wenn, dann nur eines deutlich unter Schätzwert.

Wer sich ein kleines Elektroauto kauft, wird es nicht mehr los, berichtete „Kfz-Betrieb“. Die Restwerte auch von kleinen E-Autos wie für Jeep Avenger PEV, MG ZS EV, Smart #1 und Co. seien „enttäuschend“. Laut Schwacke liege der Restwert eines drei Jahre alten kleinen elektrisch betriebenen SUV nur noch bei 51,5 Prozent.

Dies, obwohl es noch relativ wenige gebrauchte Elektroautos auf dem Markt gibt. Dies sollte eigentlich für bessere Preise sorgen. Wie gesagt: Kaum jemand will sie ... Das Interesse an sogenannten „jungen“ E-Modellen, die nicht älter als ein Jahr sind, soll allerdings wachsen, wie die Deutsche Automobil Treuhand (DAT) laut Anfrage von *Focus Online* wissen will. Ältere E-Modelle würden unter „hohem

Innovationsdruck“ leiden, so die Ausredeversuche, den Misserfolg zu erklären.

Doch es sieht ganz danach aus, dass die sogenannte „E-Mobilität“ an den Grenzen von der Ideologie zur Realität scheitert. Die Autohersteller produzieren die E-Autos für Halden; sie müssen dies auch tun, um den sogenannten „Flottenwert“ einzuhalten. Für den zählen jedoch nur die tatsächlich verkauften E-Autos.

Auch die zugehörigen Infrastrukturprojekte scheitern offensichtlich. Das groß angekündigte Batteriewerk des schwedischen Herstellers in Dithmarschen hat gute Chancen, zu einer Investitionsruine zu werden.

Im Augenblick häufen sich die negativen Schlagzeilen bei Northvolt; der Hersteller kämpft mit Problemen, BMW hat laut Medienberichten seine Bestellung von Batteriezellen zurückgezogen. Der Geschäftsführer des schwedischen Unternehmens hatte schon angekündigt, den „Zeitplan des internationalen Wachstums“ zu überdenken. Immerhin halten BMW und Volkswagen große Anteile an dem Unternehmen, das von ehemaligen Tesla-Managern gegründet wurde. Die *Tagesschau* wusste, dass sich Europa damit „nämlich eine Schlüsseltechnologie zur grünen Transformation“ sichert: „Der Technologiestandort Europa wird gestärkt.“

Die Fabrik sollte mit Windstrom „grün“ versorgt werden. In den vergangenen Wochen hätte allerdings die Produktion stehen müssen: kaum Wind. Das Land und Habeck verpulvern 900 Millionen Euro an Steuergeldern für die Fabrik.

Für eine Handvoll Bilder tun Scholz und Habeck zwar alles, fahren selbst an die Nordseeküste, um in der Einöde mit dem Wurfspiel „Bosseln“ statt obligatorischem Spaten in der Hand den Baubeginn einer Batteriefabrik zu feiern. Wie es dort ein paar Wochen später aussieht, interessiert sie nicht mehr sonderlich. Bisher verkünden grüne Landespolitiker in Schleswig-Holstein standhaft Durchhalteparolen. Man dürfe sich von Nachrichten nicht zu schnell irritieren lassen. Man ersetze „Nachrichten“ durch „Realität“.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Das Klima: Der Film (Climate: The

Movie) Deutsche Version

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

Dieser Film entlarvt den Klimaalarm als erfundenen Schrecken ohne wissenschaftliche Grundlage. Es zeigt, dass Mainstream-Studien und offizielle Daten die Behauptung, wir erleben eine Zunahme extremer Wetterereignisse – Hurrikane, Dürren, Hitzewellen, Waldbrände und alles andere – nicht stützen. Es widerspricht nachdrücklich der Behauptung, dass die aktuellen Temperaturen und der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre ungewöhnlich und besorgniserregend hoch seien. Im Gegenteil: Im Vergleich zur letzten halben Milliarde Jahre der Erdgeschichte sind sowohl die aktuellen Temperaturen als auch der CO₂-Gehalt extrem und ungewöhnlich niedrig. Wir befinden uns derzeit in einer Eiszeit. Es zeigt auch, dass es keine Beweise dafür gibt, dass veränderte CO₂-Werte (sie haben sich viele Male geändert) in der Vergangenheit jemals den Klimawandel „angetrieben“ haben. Warum wird uns dann immer wieder gesagt, dass der „katastrophale, vom Menschen verursachte Klimawandel“ eine unwiderlegbare Tatsache sei?

Warum wird uns gesagt, dass es keine Beweise gibt, die dem widersprechen? Warum wird uns gesagt, dass jeder, der das „Klima-Chaos“ in Frage stellt, ein „Flat-Earth“ und ein „Wissenschaftsleugner“ ist? Der Film untersucht die Art des Konsenses hinter dem Klimawandel. Es beschreibt die Ursprünge des Klimafinanzierungszuges und den Aufstieg der Billionen-Dollar-Klimaindustrie. Es beschreibt Hunderttausende Arbeitsplätze, die von der Klimakrise abhängen. Es erklärt den enormen Druck auf Wissenschaftler und andere, den Klimaalarm nicht in Frage zu stellen: Geldentzug, Ablehnung durch Wissenschaftszeitschriften, gesellschaftliche Ächtung. Aber der Klimaalarm ist viel mehr als nur ein Finanzierungs- und Beschäftigungsboom. Der Film untersucht die Politik des Klimas. Von Anfang an war die Klimaangst politisch. Der Schuldige war der Industriekapitalismus des freien Marktes. Die Lösung waren höhere Steuern und mehr Regulierung. Von Anfang an hat der Klimaalarm diejenigen Gruppen angesprochen, die eine stärkere Regierung befürworten, und er wurde von ihnen übernommen und gefördert. Dies ist die unausgesprochene politische Kluft hinter dem Klimaalarm. Die Klimaangst reizt vor allem alle Mitglieder des weitläufigen, öffentlich finanzierten Establishments. Dazu gehört auch die größtenteils öffentlich finanzierte westliche Intelligenz, für die das Klima zu einer moralischen Angelegenheit geworden ist. In diesen Kreisen ist es ein Verstoß gegen die gesellschaftliche Etikette, den Klimaalarm zu kritisieren oder in Frage zu stellen. Der Film enthält Interviews mit einer Reihe sehr prominenter Wissenschaftler, darunter Professor Steven Koonin (Autor von „Unsettled“, ehemaliger Rektor und Vizepräsident von Caltech), Professor Dick Lindzen (ehemaliger Professor für Meteorologie an Harvard und MIT) und Professor Will Happer (Professor für Physik in Princeton), Dr. John Clauser (Gewinner des Nobelpreises für Physik

2022), Professor Nir Shaviv (Racah Institute of Physics), Professor Ross McKittrick (University of Guelph), Willie Soon und mehrere andere. Der Film wurde vom britischen Filmemacher Martin Durkin geschrieben und inszeniert und ist die Fortsetzung seines hervorragenden Dokumentarfilms The Great Global Warming Swindle aus dem Jahr 2007. Produzent des Films war Tom Nelson, ein Podcaster, der sich seit fast zwei Jahrzehnten intensiv mit Themen der Klimadebatte beschäftigt. #ClimateTheMovie ist seit dem 21. März 2024 an vielen Online-Standorten kostenlos verfügbar. Untertitel für zahlreiche Sprachen werden derzeit von der Clintel Foundation erstellt. Folgen Sie @ClimateTheMovie und @ClintelOrg für Updates.

Die Klimareligion ist eine menschengemachte Katastrophe

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

Die drohende „Klimakrise“ und die „Klimakatastrophe“ sollen die Politik der „Klimarettung“ legitimieren. Wegen dieser Politik drohen den Bürgern des Westens jetzt reale Krisen und Katastrophen – und zwar sofort und nicht in 100 Jahren.

Von Manfred Haferburg

Mit der Klimareligion haben die grauen Eminenzen dieser Welt einen idealen Hebel gefunden, ihre Interessen gegen das Wohl der Allgemeinheit durchzusetzen. Man kann den Menschen mit der „Erderhitzung“ Angst einjagen, es wird die Hitzehölle auf Erden angekündigt, wie einst das Armageddon. Die vorhergesagte Apokalypse liegt allerdings in irgendeiner Zukunft, und keiner kann vorhersagen, wann das jüngste Klimagericht denn nun konkret eintritt. Man kann den Menschen wunderbar einreden, dass sie an der „menschengemachten“ Erderhitzung durch ihr sündhaftes Konsumverhalten, ja durch ihre bloße Existenz (Erbsünde CO2) schuld sind.

Daraus folgt logisch, dass die „Klimasünder“ durch sofortige Ablasszahlung (CO2-Steuern) und durch Kasteiung (Flugscham, Fleischverzicht, Mobilitätsverzicht, Kinderverzicht...) Vergebung in Form von 1,5 Grad erlangen. Man hat einen Beelzebub namens Kohlendioxid benannt, der mit allen Mitteln bekämpft werden muss.

Man kennt sie, die Hohepriester des IPCC, die alles genau wissen, die auf die Reinheit der Klimalehre achten und den von ihnen definierten

„wissenschaftlichen Konsens“ verteidigen. Sie haben ihr Fußvolk, die Politiker und die von den Politikern gesteuerten NGOs, die sich Buße-Maßnahmen zuhauf ausdenken, mit denen sie den Klimasündern das Sündigen austreiben. Und in der Ferne winkt das Klimaparadies, in dem keiner mehr etwas besitzt, aber alle mit weniger als 1,5 Grad Celsius Temperaturanstieg glücklich sein werden. Es wird nicht gesagt, von welcher Temperatur dieser Anstieg ausgeht. Ist es vom gegenwärtigen Temperaturdurchschnitt? Ist es vom lokalen Durchschnitt? Und wenn ja, dann vom Durchschnitt aus welcher Zeit der Erdgeschichte?

Und wehe ihnen, denn auch sie gibt es wieder, die Klimaketzer, die Klimaleugner und Klimaskeptiker, die den „wissenschaftlichen Konsens“ leugnen. Sie werden bedroht, öffentlich angeprangert, dann mundtot gemacht und zuletzt wirtschaftlich vernichtet – das moderne Autodafé.

Das Klimanarrativ hat alle wesentlichen Bestandteile einer Religion, und das ganze Wording deutet stark auf eine Sekte hin. Sekte deshalb, weil es einen Absolutheitsanspruch auf die eine Wahrheit gibt, der keinerlei Abweichung erlaubt. 1,5 Grad und basta. Menschengemacht und basta. Und wehe dem, der es wagt zu fragen, ob das denn wirklich alles so stimmt, wie es von den Kanzeln des IPPC, vom hohen Berge des WWF, aus den Niederungen der überdimensionierten Klimakonferenzen und aus allen Kanälen der Hauptstrommedien ununterbrochen dröhnt. Wer heute etwas über die Klima- und Energiepolitik sagen will, das auch nur den leisesten Zweifel wecken könnte, muss sein Glaubensbekenntnis zum menschengemachten Klimawandel voranschicken.

Ein Nobelpreisträger outet sich

Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, einen Vortrag des Physiknobelpreisträgers John F. Clauser zu hören. Der Nobelpreis für Physik wurde im Jahr 2022 an Alain Aspect von der Universität Paris-Saclay, John F. Clauser, USA, und Anton Zeilinger von der Universität Wien „für Experimente mit verschränkten Photonen, Nachweise der Verletzung der Bell'schen Ungleichung und Pionierarbeiten auf dem Gebiet der Quanteninformation“ verliehen. Auf der 16. Internationalen EIKE Klima- und Energiekonferenz in Wien am 14/15. Juni hielt er einen Vortrag mit dem Titel „Wie die Wissenschaft half, den Klimanotstand zu erfinden“. Zu sehen war ein höchst agiler 80-Jähriger mit weißem Schütterhaar, der sich fröhlich als „Klimaleugner“ vorstellte.

Er begann seinen Vortrag mit: „Gute Nachrichten – es gibt keine Klimakrise“. Seine Botschaft: Die Temperatur der Erde wird in erster Linie durch die Wolkenbedeckung bestimmt, nicht durch die Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Er ist zu dem Schluss gekommen, dass die Wolken eine kühlende Wirkung auf den Planeten haben wie ein Thermostat, so dass es keine Klimakrise gibt. „Auch wenn es viele Leute verärgern mag, meine Botschaft ist, dass der Planet nicht in Gefahr ist“.

Professor Clauser ordnet sich damit in eine Gruppe prominenter Physiker ein, die erst als Klimaskeptiker und nun als Klimaleugner etikettiert werden. Zu den „Wissenschaftlern, die den wissenschaftlichen Konsens ablehnen“, gehören u.a. Wilhelm Happer, Princeton University, und Richard Lindzen, MIT. Zum „wissenschaftlichen Konsens“ der angeblich 99 Prozent der Wissenschaftler möchte ich den Nobelpreisträger Anton Zeilinger, emeritierter Physikprofessor an der Universität Wien zitieren: *„Als Einstein seine Ideen vorstellte, galt er als verrückt und als Außenseiter. Es ist in der Wissenschaft schon vorgekommen, dass die Mehrheit völlig falsch lag. Ich habe keine Ahnung, ob das hier der Fall ist, aber die Wissenschaft muss offen für Diskussionen sein.“*

Klimaleugner und Klimabekenner

In puncto Klima gilt die offene wissenschaftliche Diskussion nicht mehr. Menschen, die sich Gedanken darüber machen, ob ein Spurengas wie CO₂, das für die Pflanzen und damit das Leben auf der Erde existenziell ist, sozusagen allein für einen globalen Temperaturanstieg verantwortlich gemacht werden kann, werden als „Klimaleugner“ etikettiert. Das Wort „Leugner“ bedeutet aber im Deutschen nichts weiter, als „etwas in Abrede zu stellen oder zu verneinen“. Allerdings wird es pejorativ verwendet, implizit abwertend wegen der Konnotation zum Holocaust-Leugner. Klimaleugner werden öffentlich verunglimpft, kaltgestellt und wirtschaftlich ausgetrocknet. Jemand muss schon sehr selbstbewusst und wirtschaftlich unabhängig sein, um gegen den Klimamainstream zu schwimmen.

Das Gegenteil von Leugner ist ein „Bekenner“. Wenn es also „Klimaleugner“ gibt, dann muss es auch „Klimabekenner“ geben. Das sind dann die Leute, die ihren Glauben an den menschengemachten Klimawandel öffentlich bekennen – oft auch unter Inkaufnahme persönlicher Vorteile, wie z.B. üppig fließende Forschungsgelder oder staatliche Zuwendungen für immer neue „Beweise“ der kommenden Klimakatastrophe. Daraus kann dann die Politik ihre Maßnahmen zur Energiewende ableiten und eine absurde Degrowth-Politik durchsetzen, die Deutschland nirgendwo anders hinführt als in die dritte Welt.

Auf dem Zielerreichungspfad?

Erneuerbare Energien – vor allem aus Windparks und Solarkraftwerken – sollen die fossilen Energieträger Erdöl, Erdgas und Kohle, wie auch die Kernenergie in Deutschland komplett ersetzen. Dafür braucht die Energiewirtschaft Speicher: Weil Wind- und Sonnenenergie nur schwankend zur Verfügung stehen und weil allein die deutschen Erzeugungskapazitäten bei Weitem nicht ausreichen, um den Bedarf des Landes an Ökoenergien zu decken. Wasserstoff soll das wichtigste Speichermedium werden.

Es ist zwar so, dass heutzutage in Deutschland fast die Hälfte der Stromerzeugung von den „Erneuerbaren“ gestemmt wird, wenn auch oft zur

Unzeit, aber die Stromerzeugung nur ein Viertel des Primärenergieverbrauches Deutschlands ausmacht. Es sind also erst weniger als 25 Prozent der Energiewende geschafft. Das ist so, auch wenn der Bundeswirtschaftsminister sich schon auf den „Zielerreichungspfad“ der Energiewende sieht. Eine Nachricht an Herrn Dr. Habeck: Von den 42 Kilometern des Energiewende-Marathons haben Sie gerade mal Kilometer sieben erreicht. Für diese ministerielle Zielerreichung gilt der neckische Vers von Wilhelm Busch: „Wenn einer, der mit Mühe kaum, gekrochen ist auf einen Baum, schon glaubt, dass er ein Vogel wär – so irrt sich der“.

Die Energiewende hat die vollelektrische Gesellschaft aus der sogenannten „erneuerbaren“ Energie zum Ziel, damit kein menschengemachtes CO₂ mehr in die Atmosphäre gelangt, das als klimaschädlich angesehen wird. In dieser steilen These sind schon einige Annahmen versteckt, die an und für sich, jede einzeln überprüft, das ganze Konstrukt eines eventuell möglichen menschlichen Größenwahnes ins Wanken bringen können.

Gibt es überhaupt „Erneuerbare Energie“?

Fangen wir bei der „erneuerbaren Energie“ an. Der Begriff ist, genau wie seine Idee, physikalischer Unfug. Energie kann weder erzeugt, noch verbraucht und schon gar nicht erneuert werden. Energie kann lediglich aus einer Form unter Verlusten in eine andere umgewandelt werden. Erneuern hieße ja, aus alter verbrauchter Energie neue Energie zu machen. Geht leider im physikalischen Sinne nicht, daher gibt es auch keine „erneuerbare Energie“. Und wenn man „erneuerbare Energie“ über den Umweg des Wasserstoffes speichern will, um diesen dann in wind- und sonnenarmer Zeit wieder in Strom zu verwandeln, betragen diese Verluste 75 Prozent, das heißt: Aus vier Kilowattstunden Strom kann über den Umweg Wasserstoff eine Kilowattstunde Strom erzeugt werden. Das ist die böse Physik, und da kann auch ein Beschluss des Deutschen Bundestages nichts dran ändern.

Ist es sicher, dass menschengemachtes Kohlendioxid den Klimawandel verursacht?

Es wird angenommen, dass Kohlendioxid (CO₂) ein „Klimagas“ ist und mit seinem Anteil von 0,04 Prozent an der Erdatmosphäre die Durchschnittstemperatur auf dem Planeten bestimmt. Von diesen 0,04 Prozent CO₂ in der Atmosphäre wiederum sind lediglich vier Prozent „menschgemacht“, die restlichen 96 Prozent sind natürlichen Ursprungs. Das heißt wiederum, das 0,0016 Prozent der gesamten Erdatmosphäre „menschgemacht“ sind.

Es erscheint sehr kühn, anzunehmen, dass diese 0,0016 Prozent zu einem Klimakollaps führen sollen, während andere wesentliche Faktoren, wie z.B. die abkühlende Wirkung der verstärkten Wolkenbildung bei ansteigender Temperatur, schlicht ausgeblendet werden. Noch absurder

wird die deutsche Energiepolitik, wenn man bedenkt, dass der deutsche Anteil am weltweiten menschengemachten CO₂-Ausstoß noch nicht einmal zwei Prozent beträgt.

Wenn das mit dem „menschengemachten Klimawandel“ alles so in Stein gemeißelt wissenschaftlich feststünde, würden die Klimapriester und ihr Fußvolk nicht so panisch und aggressiv auf jede abweichende Meinung reagieren. Dann wäre eine echte Klimawissenschaft möglich, die sich mit These und Antithese ergebnisoffen auseinandersetzt.

Sie haben Angst, dass Zweifel sich in dem mühsam verführten Volk ausbreiten und ihre Macht beeinträchtigt wird. Diese Angst ist durchaus berechtigt, ruht doch die ganze Klimareligion auf den ziemlich tönernen wissenschaftlichen Füßen der Modellrechnungen.

Ist eine „vollelektrische Gesellschaft“ durch „erneuerbare Energien“ möglich?

Die Energiewende hat die Kohlendioxid-freie Gesellschaft bis 2045 zum Ziel. Ganz nebenbei: Dieses Ziel wird von nahezu denselben Protagonisten ausgerufen, die vor zwei Jahren das COVID-Null-Ziel ausgerufen haben, und die Zielerreichung ist genauso illusorisch.

In einer „vollelektrischen Gesellschaft“ soll es nur noch eine Energiequelle geben, und alle Prozesse sollen mit Hilfe von Strom laufen: Industrie, Transport, Gebäude, Dienstleistungen, Agrar/Forstwirtschaft. Wo Strom nicht eingesetzt werden kann, soll es mit „grünem Wasserstoff“, erzeugt durch „Erneuerbare Energie“, geschehen. In Deutschland wurde allerdings die CO₂-freie Kernenergie gleich mit verteufelt. Schon aus diesem Grund ist das Projekt Energiewende in Deutschland zum Scheitern verurteilt.

Physikalisch mag eine vollelektrische Energiewelt denkbar sein, allerdings in einem langen Entwicklungszeitraum und nicht ohne gigantische materielle Einschränkungen der Gesellschaft. Eine solche gewaltige Transformation würde die Gesellschaft völlig überfordern. Schon wegen des Flächen- und Rohstoffverbrauchs könnte sie auf dem erreichten wirtschaftlichem Niveau nicht in den Grenzen Deutschlands dargestellt und schon gar nicht finanziert werden. Eine Zwangseinführung dieser Energiewende wäre nur vergleichbar mit Mao Tse-tungs Großem Sprung mit nachfolgender Kulturrevolution, was bekanntlich völlig fehlschlug, mehr als 60 Millionen Menschen das Leben kostete und hunderte von Millionen ins Elend stürzte.

Unbeirrt wird die große Transformation in einer Salamtaktik von einer Unzahl von Bürokraten auf allen Ebenen vorangetrieben, ohne dass der Bürger die erosiven Veränderungen versteht. Jean-Claude Juncker hat mit frappierender Offenheit den Prozess zur Übertölpelung der Bevölkerung beschrieben:

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

Wenn sich das Klima-Narrativ irgendwann als fehlerhaft herausstellt, was dann? Gibt es noch ein Zurück? Wie es ausgeht, weiß niemand. Der Berufspolitiker-Staat sitzt unverrückbar fest im Sattel und ist nicht mehr reformierbar. Auch Wahlen scheinen nichts mehr ändern zu können. Die Erosion der Werte der Aufklärung wird langsam aber stetig vorangetrieben. Für die Bürger bleibt sie fast unsichtbar. Bleibt nur die vage Hoffnung, dass das Kartenhaus der fragwürdigen Politik von selbst zusammenbricht.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Am Bedarf vorbei – Negative Strompreise – die Deformation des Marktes

geschrieben von Admin | 20. Juli 2024

Warum wird etwas produziert, wenn es absehbar kostenpflichtig entsorgt werden muss? Das ist höchst unvernünftig, aber inzwischen gelebte Praxis bei der deutschen Stromwende.

Von Frank Hennig

Bis zum 6. Juli dieses Jahres fielen an der Strombörse 303 Stunden mit negativen Preisen an, im ganzen Jahr 2023 waren es 325. Während die steigende Produktion von Ökostrom regelmäßig gefeiert wird, finden sich diese Zahlen in den sogenannten Qualitätsmedien nicht. In der Ökobranchen wird der Eindruck erweckt, das sei ganz normales Marktgeschehen. Folgerichtig ist diese Reaktion auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, aber die dazu führenden Ursachen sind speziell und deutschnational, auch wenn die negativen Preise für Strom inzwischen zeitweise auch in Länder wie Holland und Belgien überschwappen.

Im Grunde ist es eine Deformation von Marktwirtschaft und nur möglich in einem System, in dem Produktion nicht mehr dem Bedarf folgt, sondern einem inzwischen fast unüberschaubarem System, das aus Verboten, Subventionierungen und kleinteiligen Markteingriffen besteht. Jeder Produzent, der Ware absehbar nicht absetzen kann, drosselt die Produktion oder stellt sie ein, notfalls wird Ware im Preis gesenkt oder verschenkt. Kein Bäcker kann Brötchen verschenken und den Abnehmern Geld dazu geben, das ihm nicht gehört, und dann einen garantierten Brötchenpreis vom Staat empfangen. Anders ist es bei Ökostromproduzenten, die permanent am Markt vorbei produzieren, ohne jeden Verlust, denn der Staat garantiert den Gewinn.

Eine gewisse Anzahl konventioneller Kraftwerke muss auch bei grüner Überproduktion weiterlaufen, sie liefern die Systemdienstleistungen (Frequenzhaltung, Spannungshaltung), sie müssen sekundlich die Schwankungen des naturbelassenen und unbehandelten Ökostroms ausbügeln.

Dies ist keineswegs eine vorübergehende Erscheinung. Mit dem weiteren exzessiven Ausbau der Photovoltaik (PV) nehmen die Erzeugungsschwankungen über den Tag in den hellen Monaten drastisch zu. Überangebot über die Mittagszeit und oftmals Notexport zu negativen Preisen kippt zum Sonnenuntergang in den Import zu deutlich positiven Preisen. Auch die vermehrt eingebauten Heimspeicher helfen dem System wenig. In den Abendstunden entlasten sie das Netz, am späten Vormittag des Folgetages jedoch, wenn sie wieder gefüllt sind, speisen die dazugehörigen PV-Anlagen wieder direkt ins Netz und führen zu einem schnellen Anstieg des PV-Strom-Anteils.

Die einheimischen Stromkunden haben von niedrigen oder negativen Börsenpreisen nichts, sie zahlen weiter nach ihrem Tarif. Nur Großkunden, die direkt an der Börse kaufen, können einen Vorteil haben. Sie können aber auch einen großen Nachteil haben.

Hopp oder top?

Denn es lauert auch ein Risiko. In den Morgenstunden des 26. Juni zwischen 6 und 7 Uhr lag der Börsenstrompreis bei 2.330 Euro pro Megawattstunde beziehungsweise 233 Cent pro Kilowattstunde. Ursache war ein technischer Fehler an der Börse am 25. Juni, der zu einer verzerrten Preisfindung bei den Day-ahead-Auktionen für den Folgetag führte. Es kam zum Decoupling, zur Entkopplung der nationalen Märkte, sodass kein grenzüberschreitender Handel durchgeführt werden konnte. Es trat de facto eine Situation ohne Ex- und Importe ein, bei der jedes Land auf sich gestellt war. In Frankreich fiel der Großhandelspreis auf 3 Cent pro Kilowattstunde. Für Deutschland war die Lage sehr ungünstig, in diesen frühen Morgenstunden lieferten die PV-Anlagen noch wenig, der Bedarf am Beginn eines Werktages indessen war hoch. So trieb die Mobilisierung aller Reserven den Preis. Schlagartig wurde klar, dass wir auf uns allein gestellt und ohne Stromimporte auf Dauer ein Desaster erleiden würden. Es zeigt auch, dass der bloße Zubau volatiler

Stromeinspeiser und die Abwesenheit systemischen Denkens ein hohes Risiko haben entstehen lassen.

Das Stahlwerk Feralpi in Riesa, das seinen Strom offenbar zum großen Teil direkt auf dem Spot-Markt der Börse kauft, fuhr die Produktion komplett herunter, um desaströse Verluste zu vermeiden.

Ab 2025 sollen preisvariable, vom Börsenpreis abhängige Tarife auch für Haushaltskunden eingeführt werden. Das kann zu einer Glättung des Verbrauchs führen, wenn Kunden ihre stromintensiven Haushaltsgeräte preisabhängig betreiben. Wer aber nicht aufpasst, zahlt schnell drauf. Man kann sich vorstellen, was der weitere starke Ausbau der PV in dieser Hinsicht bringt: Stromproduktion meist am Bedarf vorbei und stark schwankende, insgesamt steigende Preise.

Die Nachbarländer machen mit den von uns verursachten negativen Preisen glänzende Geschäfte. Insbesondere die Betreiber von Pumpspeicherwerken (PSW) verdienen zweimal. Sie bekommen Geld dafür, Wasser den Berg hochzupumpen und nochmals, wenn sie nach Sonnenuntergang das Wasser zu Tal fließen lassen und im Turbinenbetrieb den Strom zu deutlich positiven Preisen zurückverkaufen. Wenn die Oberbecken voll sind und der negative Preis anhält, kann das Wasser auch über den Bypass nutzlos abgelassen und damit Geld verdient werden. Die Eigentümer sind oft Aktiengesellschaften und zu Gewinn verpflichtet.

Ähnlich handeln Konzerne, die direkt an der Börse den Strom kaufen. Auch sie werden animiert, nicht benötigte Anlagen einfach laufen zu lassen, um Strom zu verbrauchen und damit Geld zu verdienen. Das ist an ökonomischer wie ökologischer Perversion kaum zu überbieten.

Zur Kasse, bitte

Die Anlagenbetreiber, die den überflüssigen Strom, den man auch Strommüll nennen kann, erzeugen, verdienen ungerührt weiter. Wo kommt das Geld dafür her, wenn das Produkt auch noch kostenpflichtig entsorgt werden muss? Zum einen entstammt es der inzwischen steuerfinanzierten EEG-Umlage, die in der Höhe jeweils für 20 Jahre garantiert ist. Die Umlage für die Windkraft musste 2023 wieder auf 7,35 Cent pro Kilowattstunde angehoben werden, weil es zu wenige Bieter in den Ausschreibungsverfahren gab. Diese Vergütung steigt, wenn die Anlagen in Regionen niedriger Windgeschwindigkeit gebaut werden („Referenzertragsmodell“).

Das ist volkswirtschaftlich schädlich und Folge des Politikansatzes „... egal, was es kostet“. Diese Geldsumme aus Steuermitteln fällt in diesem Jahr höher aus als die vorgeschauten zirka 12 Milliarden Euro. Etwa 8 Milliarden Euro müssen aus dem klammen Haushalt zusätzlich mobilisiert werden. Das ins Ausland zusätzlich verschenkte Geld wird über die Netzentgelte von den Stromkunden abkassiert. Eingedenk der These, wir seien ein reiches Land und jeder könne noch etwas abgeben, resultiert

daraus keinerlei mediale Erregung.

Ursache dieser Verwerfung ist die anarchische Regelung aus dem Ur-EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) des Jahres 2000, die immer noch Bestand hat, wonach der Ökostrom immer abgenommen werden muss. Ist dies aus Gründen von Netzrestriktionen nicht möglich, werden die Betreiber für den sogenannten Phantomstrom, den technisch nicht ableitbaren, aber theoretisch erzeugbaren Strom, entschädigt. Auch dieses Geld wird über die Netzentgelte von den Kunden eingezogen.

Die EEG-Umlage, seinerzeit als Prämie für die Technologieeinführung gedacht, hat sich inzwischen verstetigt, sie wird uns dauerhaft erhalten bleiben. Grund ist die Selbstkannibalisierung der „Erneuerbaren“ aufgrund der Vielzahl der Anlagen. Weht viel Wind oder scheint gut die Sonne – oder beides – rauschen die Marktpreise in den Keller und sind so niedrig (oder negativ), dass die Betriebskosten nicht über den Marktpreis eingespielt werden können. Natürlich sind auf diese Weise „100-Prozent-Erneuerbar“ niemals möglich, aber das Interesse staatlichen Handelns gilt zunächst dem Wohlergehen der Erneuerbaren-Branche.

Ohne EEG-Umlage, Einspeisevorrang, kostenlosem Netzanschluss und die Vergütung von Phantomstrom würde in Deutschland kein Investor mehr auch nur ein einziges Windrad bauen.

Interessengeleitete Politik

Seitens der Regierung gab es bereits eine Mini-Reaktion auf negative Preise in Form einer EEG-Änderung von 2021, wonach Windkraftanlagen (nur Neuanlagen) nach sechs Stunden negativer Börsenpreise keine Umlage mehr erhalten. Die Branche war ob dieses eher kosmetischen Eingriffs not amused, obwohl nur Neuanlagen betroffen waren und viele Zeiträume negativer Preise kürzer als sechs Stunden sind. Man wurde auch kreativ und empfahl den betroffenen Betreibern, ihre Anlagen nach fünf Stunden selbst abzuschalten. Beim Wiedereinschalten beginnt die Sechs-Stunden-Frist von vorn.

Im Ergebnispapier der heldenhaft geführten Haushaltsverhandlungen der Ampel vom 5. Juli finden sich zarte Ansätze, wie man gegen negative Preise vorgehen könnte. Ab 2025 sollen Neuanlagen bei negativen Preisen keine Umlage mehr erhalten. Erwartbar die Reaktion des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE). Man befürwortet zwar die Maßnahmen insgesamt und fordert die „beherzte“ Umsetzung, warnt aber gleichzeitig vor „Experimenten“ und einem „harten Instrumentenwechsel“. Die geplante Abschaltung bei negativen Preisen sei ein „fatales Zeichen“. So spricht man gern wolkig und emotional, weil die Sachargumente schwach und die finanziellen Interessen groß sind.

Im Ergebnispapier sind einige Formulierungen zu finden, die sprachlos machen. Der weitere Ausbau der „Erneuerbaren“ sei zentrale Voraussetzung für langfristig bezahlbare, sichere und treibhausgasneutrale Energie.

Dass seit mehr als 20 Jahren die Preise mit dem weiteren Ausbau der „Erneuerbaren“ steigen und wir immer mehr fossile Kraftwerke als Reserve vorhalten müssen, hat man offenbar nicht bemerkt. Eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft sei zentraler Baustein für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Fakt ist, wir haben die Wasserstoffwirtschaft nicht, wissen nicht, wann wir sie haben werden und wissen auch nicht, was sie kosten wird.

Als Erklärung kann wohl nur ein gehöriger Realitätsverlust innerhalb der politischen Berliner Blase angeführt werden. Je größer die Entfernung zu den Realitäten, umso größer die Illusionen. Die Illusionen von heute sind die Enttäuschungen von morgen. Dann werden wieder Schuldige gesucht, die man im Dickicht organisierter Verantwortungslosigkeit wie immer nicht finden wird.

Die Frage, wie viel Unwissenheit und wie viel Absicht zugunsten der „Erneuerbaren“-Lobby dahinterstecken, wird nie zu klären sein. Der Fachkräftemangel in der höchsten Ebene in Verbindung mit der Verquickung zu den politisch wie finanziell einflussreichen Lobbyisten bringt einen solchen Kurs hervor. Und so wird die Produktion überflüssigen Stroms weitergehen. Wir werden in diesem Jahr einen neuen Höchstwert an Stunden negativer Preise an der Börse sehen, in 2025 dann wieder einen neuen Rekord.

Der Begriff der Wende wird immer treffender. Wir wenden uns ab von einem bezahlbaren, sicheren, umweltfreundlichen und treibhausgasarmen Energiesystem. Die Fossilien werden uns nach dem Ausstieg aus der Kernkraft erhalten bleiben. Die Welt sieht uns verwundert zu und keiner folgt uns.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier